

# **„Gemeinnützige Versorgung mit Elektrizität“**

Der Bezirksverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke

(OEW)

1909–1939

Von Kurt Diemer

Ihren Siegeszug durch die Welt begann die Elektrizität in den beiden letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Das erste Wasserkraftwerk ging am 1. Oktober 1881 in Godalming in der englischen Grafschaft Surrey ans Netz, das erste Dampfkraftwerk am 16. September 1882 in New York. Und bereits ein Jahr nach der weltweit ersten Elektrizitätsausstellung in Paris eröffnete Oskar von Miller zur Popularisierung der Errungenschaften der Elektrotechnik am 16. September 1882 im Münchener Glaspalast die erste deutsche Elektrizitätsausstellung. Der Strom für einen 2,5 m hohen künstlichen Wasserfall wurde dabei schon über 57 km von Miesbach nach München übertragen.<sup>1</sup> Das erste große Kraftwerk in Deutschland war dann das Dampfkraftwerk der Städtischen Elektrizitätswerke Berlin, das nach seiner Inbetriebnahme am 15. August 1885 bereits auch Privatleute mit Strom belieferte. 1891 schließlich bewies die Internationale Elektro-Technische Ausstellung in Frankfurt am Main mit der Stromübertragung über 175 km von Lauffen am Neckar, dass es für den Bau von Stromleitungen auch über größere Entfernungen kein technisches Hindernis mehr gab.<sup>2</sup> Eine erste „Elektrische Ausstellung“ in Stuttgart fand 1892 statt.<sup>3</sup>

## **Die Anfänge der Elektrifizierung Oberschwabens**

Die ersten Elektrizitätswerke, die in Württemberg in Betrieb gingen, waren kleine private Unternehmen, die in Verbindung mit Mühlen und Sägewerken die Wasserkraft zur Stromversorgung ihres Betriebes und von Abnehmern in unmittelbarer Nähe nutzten. 1893 gab es so in ganz Württemberg 14 Elektrizitätswerke, im

südwürttembergischen Donaukreis allein erst zwei.<sup>4</sup> Im späteren OEW-Gebiet entstanden dann 1893 – neben dem 1893 fertiggestellten Werk Thalerschachen der Elektrizitätswerke der Argen AG – Elektrizitätswerke in Sigmaringen und Betzingen, 1894 in Pfullingen, Rottweil, Munderkingen, Riedlingen, Biberach-Birkendorf, Horb und Urach sowie 1895 in Mengen, Freudenstadt und Tettnang, um nur die frühesten zu nennen. Ihre Zahl nahm in der Folge rasch zu: Im Donaukreis wurden zwischen 1896 und 1900 12, zwischen 1901 und 1905 13, zwischen 1906 und 1910 19 und zwischen 1911 und 1913 14 Elektrizitätswerke erstellt. Abgesehen von Ulm (1895)<sup>5</sup> erkannten aber erst um 1900 die Kommunen, die zunächst – wie Biberach und Blaubeuren – eher auf Gas als auf Strom gesetzt hatten, die Elektrizitätsversorgung als eine wichtige öffentliche Aufgabe.

Zunächst unternahmen es so private Unternehmen, die ersten Wasserkraftwerke zu bauen. Ein Pionier waren die Elektrizitätswerke der Argen AG, die – auf Initiative der Schweizer Firma Oerlikon 1891 gegründet – sich die Stromversorgung der Städte Wangen, Isny und später auch Leutkirch zum Ziel gesetzt hatten; an eine flächendeckende Versorgung der Gemeinden war damals aber angesichts langer Leitungswege und geringer Einwohnerdichte, die sie unwirtschaftlich machten, nicht gedacht. Als dann im April 1893 in Wangen erstmals die elektrische Straßenbeleuchtung eingeschaltet wurde, stellte die Allgäustadt die Residenzstadt Stuttgart im wahrsten Sinne des Wortes in den Schatten.<sup>6</sup> Ein weiteres frühes Elektrizitätswerk war das 1899 gegründete Elektrizitätswerk Waldsee-Aulendorf, das die Wasserkraft der Wolfegger Ach nutzte. Am 2. Dezember 1905 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, versorgte es 1913 bereits 917 Abnehmer; der Stromabsatz lag bei knapp 500.000 kWh.<sup>7</sup>

Auch die Wasserkraft der Donau lockte Investoren an. Unter Beteiligung der Firma Robert Bosch kam es 1909 zur Gründung eines Überlandwerkes. Schon nach zwei Jahren versorgten die Elektrizitätswerke Munderkingen AG 66 Ortschaften. Munderkingen war so „die Energiezentrale für ein Gebiet vom Ulmer Hochsträß bis Riedlingen und vom Federsee bis zur Donau“.<sup>8</sup>

## Wer versorgt die Fläche?

Doch trotz allem: Von einer flächendeckenden Versorgung mit Elektrizität konnte in Württemberg noch lange nicht die Rede sein. Gerade die ländlichen Regionen, deren meist kleine Dörfer und Weiler, wie zum Beispiel im Allgäu, weit auseinander lagen, waren – von Einzelhöfen ganz abgesehen – erst unzureichend erschlossen, boten doch die hohen Kosten für den Bau von Leitungen angesichts eines niedrigen Durchschnittsverbrauchs der Landwirtschaft, die eine Stromversorgung unwirtschaftlich machen, für Privatunternehmen nur wenig Anreiz.<sup>9</sup>

Baden und Württemberg, die beide eine gleichmäßige Versorgung aller Landesteile anstrebten, fanden unterschiedliche Antworten. Setzte Baden auf staatliche Stromerzeugung und -versorgung, so Württemberg auf eine dezentrale Elektrizitätsversorgung durch Gemeinde- und Bezirksverbände. Die Grundlage dafür gab die württembergische Gemeinde- und Bezirksordnung vom 28. Juli 1906, welche unter der Aufsicht des Innenministeriums die Zusammenarbeit der Gemeinden und der Bezirksverbände der Oberämter „behufs besserer Erfüllung bestimmter dauernder Aufgaben“ regelte. Ihre Grundsätze – Dienstleistung für die Allgemeinheit und Gemeinnützigkeit – galten dabei zunächst für Gemeinschaftsaufgaben wie die Wasserversorgung und den Straßenbau, konnten aber ebenso auf die nun ins Blickfeld tretende Elektrizität bezogen werden. In den nach den Vorgaben der staatlichen Kommunalaufsicht verfassten Satzungen der Stromzweckverbände war deshalb die Gemeinnützigkeit ebenfalls oberster Grundsatz. Mit dem Instrument der Zweckverbände besaß der württembergische Staat nun die Möglichkeit, anstelle privater, notwendigerweise profitorientierter Versorger Verbände zu schaffen, die in ihrer Geschäftspolitik zwar wie Privatunternehmen verfahren, aber selber keinen Gewinn erstrebten. Eine entscheidende Rolle sollte dabei dem damaligen Regierungsrat Dr. Anton Michel (1865–1949) zukommen. In diesem Sinne verlangte so Anfang 1909 die Zentrumsfraktion des württembergischen Landtages, die Nutzung der heimischen Wasserkräfte als des Rückgrats der Stromversorgung solle künftig ausschließlich „durch Gemeinden, Amtskörperschaften oder Verbände solcher oder durch sonstige die öffentlichen Interessen wahrenen Vereinigungen“ erfolgen, um einer „tatsächlichen Monopolisierung durch Kapitalisten“ vorzubeugen.<sup>10</sup>

Bereits schon ein Jahr früher, 1907/08, war es in Oberschwaben als Reaktion auf die Planung privater Elektrizitätswerke zur Gründung von Initiativen an der Argen, der Donau und der Iller gekommen, die sich die Versorgung auch der Fläche mit preiswertem Strom durch Wasserkraft zum Ziele gesetzt hatten: die Tettninger, die Rißtissener und die Ulmer Gruppe.

### **Die Tettninger Gruppe**

Waren schon früher Gespräche über die Nutzung der Wasserkräfte der Argen geführt worden, so wurden die Planungen Ende 1907 auf eine neue Grundlage gestellt. Nachdem am 31. Oktober 1907 erstmals der Gedanke an die Errichtung eines Kraftwerks durch Bezirksverbände aufgekommen war, ging es vollends schnell: Bereits am 12. Februar 1908 beriet der Bezirksrat Tettning „über eine gemeinsame und gemeinnützige Versorgung des Oberamtsbezirks und der beiden Nachbarbezirke mit elektrischem Strome unter Ausnutzung der Wasserkräfte der Argen“. Ravensburg stimmte dem am 15. Februar, Wangen am 20. März zu. Bereits Ende April kam es dann zu einem ersten Schriftwechsel mit der Rißtissener Gruppe. Kurz vor Weihnachten 1908 konnte schließlich eine unter der Federführung des Tettninger Oberamtmanns Otto Bockshammer (1868–1957) verfasste Informationsschrift mit dem Titel „Zur Frage der Elektrizitätsversorgung des südlichen Oberschwabens“ vorgelegt werden, der „unverbindliche Anmelde Listen“ zur Feststellung des Strombedarfs beilagen.

Auf der Grundlage früherer Planungen kam, nachdem eine am 23. September 1909 mit der Stadt Lindau abgeschlossene Vereinbarung die Nutzung der Argenwasserkräfte den drei Bezirksverbänden überlassen hatte, Oberbaurat Max Gugenhan (1856–1921) von der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau auf den Gedanken, durch Anlage von Stauseen die Obere und Untere Argen umfassend zu nutzen; damit hätte ein weit größeres Gebiet als zunächst geplant versorgt werden können. In einer gemeinsamen, von Ministerialrat Dr. Michel geleiteten Sitzung am 28. Oktober 1909 – Michel war vom Innenministerium mit der Beratung der Amtskörperschaften beauftragt worden – erklärten die drei beteiligten Bezirksräte ihr Einverständnis mit der sofortigen Ausarbeitung des Gugenhan'schen

Projekts und berieten bereits auch die Satzung des neuen Unternehmens, des „Bezirksverbands Argon-Elektrizitätswerke“, dessen Gründung von Seiten des Staates die zuständige Regierung des Donaukreises in Ulm angeregt hatte.<sup>11</sup>

### **Die Rißtissener Gruppe**

Schon vor der Gründung der Elektrischen Kraftübertragung Herrenberg eG im Jahre 1905, die auf genossenschaftlicher Grundlage eine gemeinnützige Stromversorgung in Angriff nahm und als Vorbild für die Entwicklung in Oberschwaben von großer Bedeutung werden sollte, hatte es in Rißtissen bei Ehingen, in dem 1903 ein Elektrizitätswerk gebaut worden war, einen Versuch zur genossenschaftlichen Nutzung von Elektrizität gegeben. Auf Initiative von Franz Schenk Freiherr von Stauffenberg (1878–1950) – später einer der maßgeblichen Persönlichkeiten der OEW – schlossen sich damals die Bauern des Dorfes zu einer Betriebsgenossenschaft zusammen. Im „Württembergischen Wochenblatt für Landwirtschaft“ zog Stauffenberg 1905 das Fazit: „Wir wissen wohl, daß unser Versuch nur ein bescheidener Anfang ist, daß viele wirtschaftliche und technische Fragen auf diesem Gebiet noch einer Lösung harren, aber die wirtschaftliche Möglichkeit der Verwendung elektrischer Kraft für Kleinbetriebe ist erwiesen“.<sup>12</sup>

Nach ersten Überlegungen zur Errichtung von Überlandzentralen auf genossenschaftlicher Basis im Sommer 1907 gab der von der Baumwollspinnerei Ehingen AG beabsichtigte Bau eines Elektrizitätswerks an der Donau bei Ehingen zur Versorgung der Gemeinden zwischen Biberach und Münsingen den Anstoß für konkrete Maßnahmen. Am 29. Oktober 1907 schlug der Münsinger Stadtschultheiß August Hörner in einem Rundschreiben vor, für die Gemeinden der Bezirke Biberach, Blaubeuren, Ehingen, Münsingen, Riedlingen und Gammertingen eine Versorgung nach dem Beispiel der Elektrizitätsgenossenschaft Herrenberg in Angriff zu nehmen. Am 4. Januar 1908 fand dann in Munderkingen eine stark besuchte Veranstaltung statt, zu der Hörner eingeladen hatte; dabei kam es bereits auch zur „Wahl eines vorbereitenden Ausschusses für Errichtung einer elektrischen Überlandzentrale auf genossenschaftlicher Grundlage“. In dem von Stauffenberg unter dem Titel „Eine genossenschaftliche Überlandzentrale für elektrische Kraftübertragung in den

Donauoberämtern“ verfassten Bericht, der am 7. Januar in der „Riedlinger Zeitung“ erschien, hieß es: „Am 4. Januar fand in Munderkingen unter ganz außerordentlich zahlreicher Beteiligung aus den Bezirken Münsingen, Riedlingen, Biberach, Blaubeuren und Ehingen die Versammlung der Interessenten für den genossenschaftlichen Bezug von elektrischem Strom statt [...]. Nach den orientierenden Vorträgen des Stadtschultheiß Hörner, Münsingen, und des beratenden Ingenieurs Wahlström, Stuttgart, wurde den Einberufern aus allen vertretenen Bezirken die Sympathie für ihre Bestrebungen ausgedrückt; allgemein ward die Ansicht laut, daß die zu bildende Genossenschaft bestrebt sein sollte, nicht nur wie in Herrenberg den Strom genossenschaftlich zu beziehen, sondern auch die Kraftquellen in ihre Hand zu bekommen.“ Damit war ein Thema angesprochen, das fortan beherrschend sein sollte.<sup>13</sup>

Doch nicht nur an der Donau, auch an der Iller plante man den Bau eines Elektrizitätswerkes. Im Dezember 1907 trat so die Firma Gebrüder Otto in Dietenheim mit dem Plan an die Öffentlichkeit, unter Ausnützung der Wasserkraft der Iller oberhalb Kellmünz eine genossenschaftliche Überlandzentrale für die Gemeinden der württembergischen Oberämter Biberach, Laupheim und Leutkirch wie der bayerischen Bezirke Illertissen und Memmingen-Land zu errichten. Bei der nur zwei Wochen nach der Munderkinger Versammlung am 25. Januar 1908 in Ulm abgehaltenen Besprechung wurde die Errichtung einer allgemeinen genossenschaftlichen Elektrizitätsversorgung ebenfalls gutgeheißen und ein geschäftsleitender Ausschuss mit dem Biberacher Oberamtmann Hugo Stiefenhofer (1861–1937) als Vorsitzendem gewählt. Von einem Alleingang wurde aber abgesehen. Man beschloss, mit dem in Munderkingen bestellten Ausschuss „wegen der Verbindung des ganzen Gebiets von der Iller bis auf die Alb zu einem gemeinsamen Werk mit Kraftstationen an der Iller und Donau sowie einer großen Dampfzentrale in Biberach als Reserve“ Fühlung zu nehmen. Bei seiner ersten Tagung am 19. Februar 1908 beschloss so der „Geschäftsleitende Ausschuss für Errichtung einer elektrischen Überlandzentrale im Illergebiete“, den Stuttgarter Ingenieur Emil Wahlström getrennte Vorprojekte für Iller und Donau wie auch ein Gesamtprojekt für beide entwerfen zu lassen und die Kosten nach Maßgabe der Bevölkerungszahl auf die einzelnen Bezirke zu übernehmen. Bei seiner ersten Sitzung am 14. März erklärte sich der Munderkinger Ausschuss mit den damals

bereits gefassten Beschlüssen und der Vereinigung der beiden Gruppen einverstanden.<sup>14</sup>

Nun ging es darum, Mitstreiter zu finden. In Versammlungen wurde für den Plan geworben und bereits Anfang Februar eine 15-seitige Broschüre mit dem Titel „Zur Frage der Errichtung einer großen elektrischen Überlandzentrale auf genossenschaftlichem Wege für die Bezirke Biberach, Blaubeuren, Ehingen, Münsingen und Riedlingen sowie eventuell Gammertingen (Hohenzollern)“ herausgegeben, die über die geplante Genossenschaft wie über die Elektrizität ganz allgemein informierte. Sie schloss mit den Worten: „Elektrische Kraft bedeutet ganz entschieden eine nicht zu unterschätzende Verbesserung und Verbilligung der Arbeitskraft; je dichter das Netz der Teilnehmer und je stärker die Abnahme ist, desto billiger kann der elektrische Strom geliefert werden, und deshalb sollten alle diejenigen Landwirte, Kleingewerbetreibenden und Handwerker, welche in ihren Betrieben fremde Arbeitskräfte irgendwelcher Art benötigen, geschlossen sich dem geplanten genossenschaftlichen Unternehmen anschließen und zu ihrem Teil mitwirken, daß der Gedanke recht bald in die Tat umgesetzt werden kann.“<sup>15</sup>

### **Ein schwieriger Weg**

Zunächst ließ sich alles gut an. Zwischen März und Juni 1908 stimmten die Bezirksräte der Bezirke Biberach, Blaubeuren, Ehingen, Gammertingen, Illertissen, Laupheim, Leutkirch, Münsingen und Riedlingen dem Vorhaben zu. Ebenso war die Zahl der noch unverbindlichen Anmeldungen erfreulich hoch: Bis Anfang Juli erklärten so 6.124 Interessenten mit etwa 26.500 Glühlampen ihren Beitritt; sie waren bereit, einen Geschäftsanteil von 250 Mark zu zeichnen und mit 500 Mark zu haften.<sup>16</sup>

Doch schon früh gab es auch Gegenwind. Gegen das Versprechen, dass die Versorgung mit elektrischer Energie die Arbeits- und Produktionsbedingungen wie auch die Leutenot in der Landwirtschaft wesentlich verbessern und verbilligen könne, schrieb ein Landwirt 1908 in einem Leserbrief an das „Württembergische Wochenblatt für Landwirtschaft“: „Es beruht auf totaler Verkennung der Verhältnisse,

wenn man meint, ein Landwirt, der für den Betrieb seines Gutes Knecht und Magd halten muß, könnte durch die Einrichtung elektrischer Kraft eine Person entbehren. Gerade der mittlere Landwirt kann der elektrischen Kraft fast gar keinen Nutzen abringen. Bei mittleren Betrieben mit 40 bis 50 Morgen, wo man zwei Pferde und Knecht und Magd halten muß, ist die Anwendung derselben auf das Futterschneiden und Fruchtdreschen beschränkt; Holz sägen und spalten, Rüben schneiden, Schleifstein treiben, Frucht brechen kann als nebensächlich gar nicht in Frage kommen. Die elektrische Kraft ist also für den landwirtschaftlichen Betrieb leider in der Hauptsache nicht verwendbar“.<sup>17</sup>

Schon sehr bald flaute so die anfängliche Begeisterung spürbar ab. Am 24. Juni 1908 schrieb so Baron Stauffenberg an Oberamtmann Stiefenhofer, „daß allgemein ein großer Skepticismus gegenüber den Aussichten der Überlandzentrale Platz gegriffen hat“. „Es ist auch das gar nicht verwunderlich, da die Leute meinen, daß mit ihrer Unterschrift auf den unverbindlichen Anmeldungslisten die Hauptsache für das Unternehmen geleistet sei und jetzt gleich die Nachricht von Ankäufen von Wasserkräften und von der Inangriffnahme der Arbeiten kommen müsste.“<sup>18</sup> Die lange Dauer der Verhandlungen und Zweifel an der Realisierbarkeit des Vorhabens sollten dann dazu führen, dass Gemeinden Verträge mit lokalen Elektrizitätswerken schlossen und so die Basis des Unternehmens schmälerten.

Am 11. Juli 1908 traf sich der „Gesamtausschuß für Errichtung einer elektrischen Überlandzentrale in Oberschwaben“, der sich nun „Ausschuss Oberschwäbischer Elektrizitätswerke Rißtissen“ nannte, in Ulm zu seiner ersten Sitzung; mittlerweile hatten sich ihm auch die Bezirke Saulgau, Sigmaringen und Waldsee sowie einzelne Gemeinden des Oberamts Reutlingen angeschlossen. Vorsitzender wurde Baron Stauffenberg, Stellvertreter Oberamtmann Stiefenhofer. Angesprochen wurden dabei auch die zwei wichtigsten noch ungeklärten Fragen: die Gewinnung ausreichender Wasserkräfte für die Stromerzeugung und die Rechtsform des Unternehmens.<sup>19</sup>

Schwierig gestaltete sich vor allem die Frage der Stromerzeugung. Die angebotenen Wasserkräfte der Donau erwiesen sich schon bald als unzureichend, und die Nutzung der Illerwasserkräfte war zunächst für die Königlich Württembergische Eisenbahnverwaltung reserviert. Auch wenn diese im April 1909 einen Teil freigab, so



dauerte es noch fast ein Jahrzehnt, bis nach dem Abschluss des Staatsvertrages zwischen Bayern und Württemberg im Juni 1917 an den Bau von Illerkraftwerken gedacht werden konnte. Am 12. Oktober 1909 berichtete dann Wahlström dem Engeren Ausschuss über sein Projekt, das eine große Dampfzentrale in Biberach, eine Unterzentrale an der Donau in Rechtenstein und – nach dem Abschluss der Verhandlungen mit Bayern – eine weitere Unterzentrale an der Iller vorsah. Doch inzwischen hatte sich bereits eine andere Perspektive eröffnet: Eine Alternative zur Nutzung der Wasserkraft der Iller schien nun aufgrund der Gugenhan'schen Planung der Ausbau der Argen zu sein. Schon am 1. Oktober 1909 hatte sich so der Rißtissener Ausschuss an die Tettninger Gruppe „wegen Vereinigung beider Unternehmungen auf Grund eines von Baurat Gugenhan neuestens ausgedachten Planes für eine umfassende Ausnützung der beiden Argen“ gewandt, nachdem zunächst nur an die Erstellung einer gemeinsamen Reserveanlage gedacht worden war.<sup>20</sup>

Umstritten war lange auch die Rechtsform des Unternehmens: Neben der Bildung einer Genossenschaft wurde auch die Gründung eines Gemeindeverbandes, einer GmbH oder eines rechtsfähigen Vereins erwogen. Schließlich legte der vom Rißtissener Ausschuss beauftragte Stuttgarter Rechtsanwalt Dr. Ernst Kielmeyer am 12. Oktober 1908 – wohl im Benehmen mit dem Innenministerium – den Entwurf der Statuten eines Bezirksverbandes vor.<sup>21</sup>

Und nun war der Weg frei für das Zusammengehen. Nach einer vorbereitenden Sitzung am 1. Dezember in Ulm verständigten sich am 10. Dezember 1909 die zwölf württembergischen Bezirksräte der beiden Gruppen in einer gemeinsamen Sitzung in Aulendorf über die Satzung und den Anschluss der Rißtissener Gruppe an den zu gründenden „Bezirksverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke“; behandelt wurden ebenso die wasserbaulichen und elektrotechnischen Pläne. Regierungsrat Dr. Michel, der am 25. Oktober vom Innenministerium formell zur Teilnahme an den Verhandlungen des Engeren Ausschusses ermächtigt worden war, stellte dabei den Satzungsentwurf vor.<sup>22</sup>

## **Der Bezirksverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW)**

Am 20. Dezember 1909 schlossen sich die drei Amtskörperschaften Ravensburg, Tett nang und Wangen bei einer gemeinsamen Sitzung im Ravensburger Konzerthaus unter Vorsitz von Dr. Michel „zum Zwecke gemeinnütziger Versorgung ihrer Bezirke mit Elektrizität zu einem körperschaftlichen Verband (Art. 92 der Bezirksordnung)“ zusammen, beschlossen die Gründung des Bezirksverbandes und genehmigten die Satzung. Damit war der „Bezirksverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke“ gegründet und – da die Amtsversammlungen zugleich auch ihre Vertreter für die Verbandsversammlung und den Verwaltungsrat als Organe des Verbandes gewählt hatten – voll handlungsfähig. Zum ersten Mal in der Geschichte der württembergischen Kommunalverwaltung machten damit Amtskörperschaften von der durch die Bezirksordnung des Jahres 1906 eröffneten Möglichkeit Gebrauch, ein gemeinnütziges Unternehmen als körperschaftlichen Verband zu führen. Die neun Amtskörperschaften der Rißtissener Gruppe (Biberach, Blaubeuren, Ehingen, Laupheim, Leutkirch, Münsingen, Riedlingen, Saulgau und Waldsee), denen der Anschluss an den neuen Bezirksverband ohne weitere Formalitäten freigestellt worden war, traten zwischen dem 15. Februar und dem 23. März 1910 bei. Maßgebend für die Vorgangsweise – Gründung des Verbandes durch die Tett nanger Gruppe und späterer Beitritt der Rißtissener Gruppe – scheint Zeitdruck gewesen zu sein, war doch in dem am 23. September 1909 mit der Stadt Lindau geschlossenen Vertrag über die Nutzung der Wasserkräfte der Argen der Passus enthalten, dass die „württembergische Rechtspersönlichkeit“ bis zum 15. Januar 1910 gebildet sein müsse.<sup>23</sup>

Ausdrücklich in der Satzung erklärt wurde auch die Bereitschaft, die Stadt Lindau, die preußischen Oberamtsbezirke Gammertingen und Sigmaringen sowie den bayerischen Bezirk Illertissen mit Strom zu beliefern. Die drei preußischen Oberamtsbezirke Gammertingen, Hechingen und Sigmaringen, die im April dann formell um ihre Einbeziehung in das Projekt nachsuchten, wurden – um staatsrechtliche Schwierigkeiten zu vermeiden – den OEW in der Weise angeschlossen, „daß das Unternehmen diesen Verbänden gegenüber sachlich so auszuführen und so zu betreiben ist, als ob sie dem Bezirksverband angehörten“. Einbezogen wurden wenig später auch die beiden badischen Exklaven Adelsreute

und Tepfenhardt sowie zunächst zehn, später 16 Gemeinden des Oberamts Reutlingen. Der Bezirk Illertissen dagegen erklärte – begründet mit der Aufgabe des Illerprojekts – seinen Austritt; Lindau schloss sich 1915 der Vorarlberger Kraftwerke AG an.<sup>24</sup>

Die schnelle Genehmigung der Gründung des Bezirksverbandes und seiner Satzung durch das Innenministerium am 15. Januar 1910 erklärt sich daraus, dass es bei den Vorverhandlungen ja bereits maßgebend einbezogen war. Eine entscheidende Rolle spielte dabei der Kommunalreferent des Ministeriums, Dr. Anton Michel, dem von der technischen Seite her der Wasserkraftspezialist der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau, Max Gugenhan, der beim Argenprojekt federführend gewesen war, und der Beratungsingenieur des Dampfkesselrevisionsvereins, Jakob Dübendorfer (1868–1929), der dann 1913 Technischer Direktor der OEW werden sollte, zur Seite standen.<sup>25</sup> Wie stark ihr Einfluss war, zeigt ein im „Argen-Boten“ vom 30. März 1910 veröffentlichtes fingiertes „Gespräch zweier Amtsdeputierter“ über die Ereignisse auf der letzten Amtsversammlung, in dem es hieß: „Die allgemeine Stimmung ist jo entschieda dergega gwea [...]. Kommet a paar Stugerter Herre, die schwätzt 47 Schulza über da Stuhl na [...].“<sup>26</sup>

*Bei ihrer Gründung setzten sich die OEW – den staatlichen Vorgaben gemäß – eine „gemeinnützige Versorgung ihrer Bezirke mit Elektrizität“ zum Ziel. Unter Ausschaltung der Einzel- und Privatinteressen sollte eine flächendeckende, allgemeine und möglichst billige Elektrizitätsversorgung für alle beteiligten Wirtschaftskreise – vor allem auch für die an „Leutenot“ leidende Landwirtschaft – geschaffen werden.<sup>27</sup> Es war ein kühner Plan, besaß der Verband doch außer dem festen Willen, das verkehrsmäßig benachteiligte, noch wenig industrialisierte und dünn besiedelte Verbandsgebiet preiswert mit Strom zu versorgen, zunächst weder eigene Werke noch ein Leitungsnetz. Trotz großer Widerstände und vieler Schwierigkeiten sollte es am Ende aber doch gelingen, das größte kommunale Überlandwerk Württembergs zu schaffen.*

*Aufgrund seines gemeinnützigen Charakters erstrebte der Bezirksverband zwar keinen Gewinn, arbeitete jedoch unbeschadet dessen nach den Grundsätzen der*

*Privatwirtschaft. Die Mittel für den Ausbau des Unternehmens wurden von den OEW durch Anleihen aufgebracht, die vorher – für die Planung – entstandenen Kosten von den dem Verband angehörigen Amtskörperschaften dagegen zu gleichen Teilen vorgeschossen und vom Verband mit Zinsen erstattet. Die Bezirke leisteten so zwar keine Einlagen in die OEW, hafteten aber neben dem Verbandsvermögen als Gesamtschuldner. Über den Jahresüberschuss konnte die Verbandsversammlung verfügen; doch war eine Verteilung an die Amtskörperschaften erst dann möglich, wenn sämtliche Schulden des Bezirksverbandes getilgt waren. Der Beitritt und der Austritt einer Amtskörperschaft bedurften wie auch die Auflösung des Verbandes der Einstimmigkeit. Und über allem wachte die Regierung des Donaukreises in Ulm als Aufsichtsbehörde.<sup>28</sup>*

### **Im Widerstreit der Meinungen**

Die Ausführung des Argenprojekts erforderte umfangreiche Untersuchungen, die mehr Zeit als vorgesehen in Anspruch nahmen. Diese Frist nutzten die Gegner, die vor allem aus den Reihen der direkten Konkurrenz – der Gaswerke, der Hersteller von Gas- und Benzinmotoren, der Wasserkraftbesitzer und der oberschwäbischen Elektrizitätswerke – , aber ebenso vonseiten des Privatkapitals kamen, zu massiven Angriffen. Nach ihrer Meinung war das 20-Millionen-Mark-Projekt für die Amtskörperschaften eine zu große Belastung, zumal die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nicht bewiesen sei, und ebenso waren ihnen die Pläne und Gutachten nicht fundiert genug. Gegen das Argenkraftwerk wurden zudem hydrologische und geologische Gesichtspunkte vorgebracht, und die Bauern wehrten sich gegen den drohenden Landverlust. Die OEW waren so gezwungen, ihre Planungen durch zusätzliche Gutachten abzusichern; vor allem die Frage der Wirtschaftlichkeit musste noch einmal einer strengen Prüfung unterzogen werden. Nach der Gründung der OEW sollte es deshalb noch ein ganzes Jahr dauern, bis der vom Verwaltungsrat zur Prüfung der Pläne, Kostenvoranschläge und der Rentabilitätsberechnung gewählte Siebenerausschuss erstmals zusammentreten konnte.<sup>29</sup>

*Die Diskussion spiegelt ein Gedicht von Alois Wiedemann aus Öpfingen (Bodenseekreis), des Herausgebers einer Halbmonatsschrift namens „Schwoba-Witz“, das am 8. Mai 1910 im „Schwäbischen Boten“ erschien:*

*Ka Wunder druckt mi z'Nacht so's Schrättle –  
Lies i do letschthi im a Blättle:  
s Projekt dr „Überlandzentral“  
Macht Fortschritt oifach kolossal.*

*Bloß etle Wocha däbs no daura,  
Noh könn ma glei scho baua, maura.  
Sowia vollds fertig sei dr Pla,  
So fang ma glei mit loita a.*

*No g'stät! I will's ui glei verrota,  
s wird it so gschwind gauh mit dem Drohta,  
s schaffet au d'Gegepartei,  
Wia dui Zentral z'verhüata sei.*

*Au manche Schultes tua i kenna,  
Moa saget jetzt: „ma müeß se b'senna“;  
Dui also für d'Milliona-Spend  
Wohl nemme maih so gfüagig send.*

*Auh tuat a Flugschrift gauh erscheina,  
Dui will, ma soll dui G'schicht verneina,  
Und sait, daß dia dös Werk went hau,  
Dia solles selber macha lau.<sup>30</sup>*

Einer der engagiertesten Gegner der OEW war der Mühlenbesitzer Joseph Blank aus Kanzach (Landkreis Biberach), der auf 12. Januar 1911 „im Auftrag eines vorbereitenden Komitees“ zu einer vertraulichen Besprechung eingeladen hatte. Der Bericht über diese Versammlung löste einen Leserbriefkrieg aus, in dem

Stauffenberg in der „Riedlinger Zeitung“ – Riedlingen galt den OEW als gefährdeter Bezirk – persönlich gegen Blank als den „Führer der zielbewußten Gegenaktion“ Stellung nahm.<sup>31</sup>

Einen vorläufigen Schlusstrich unter die Vorarbeiten setzte die am 23. und 24. Februar 1911 in einer Auflage von fast 15.000 Exemplaren verteilte, 32-seitige Flugschrift „Bericht des Bezirksverbandes Oberschwäbische Elektrizitätswerke über seine Tätigkeit und die Ergebnisse der bisher in seinem Auftrag ausgeführten Arbeiten“, in der „die Entstehungsgeschichte des Unternehmens und seine Bekämpfung, die geplante Wasserwerksanlage und die für die Stauseen wichtigen geologischen Verhältnisse, ferner der elektrotechnische und der wirtschaftliche Teil des Unternehmens besprochen“ wurden. Die Verbandsversammlung der OEW, die am 4. März erstmals zusammentrat und der neben dem Obergutachten des St. Galler Ingenieurs L. Kürsteiner über den Gugenhan'schen Entwurf des wassertechnischen Teils der Wasserkraftanlagen an der Argen auch ein geologisches Gutachten vorlag, erklärte sich mit dem bisherigen wie mit dem weiter geplanten Vorgehen einverstanden. Am folgenden Tag wurde auf einer sehr zahlreich besuchten Veranstaltung in Aulendorf die Öffentlichkeit unterrichtet. Zur Frage der Rentabilität des Unternehmens erklärte dabei Dr. Michel, „daß die staatliche Aufsichtsbehörde die Genehmigung für die Schuldaufnahme des Werkes nur dann geben könne und werde, wenn dessen wirtschaftliche Ausführbarkeit auf durchaus einwandfreie Grundlage dargetan sei“.<sup>32</sup> Bis aber das Obergutachten von Dr. Walter Wyßling, der Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich und zugleich Direktor der kantonalen Elektrizitätswerke war, über den von Wahlström umgearbeiteten und ergänzten elektrotechnischen und wirtschaftlichen Teil vollständig vorlag, sollte es noch bis Juli 1912 dauern. Da dadurch der Beginn der Stromversorgung in den Ersten Weltkrieg fiel, verzögerte sich die angestrebte Vollversorgung um etliche Jahre.

Doch die Auseinandersetzungen gingen weiter, wenn nun auch mit dem Elektrizitätswerk Waldsee-Aulendorf bereits ein erstes Werk ein Übernahmegebot abgab.<sup>33</sup> Eine gute Gelegenheit, gegen die OEW zu agitieren, boten 1911 die Haushaltsberatungen der Amtsversammlungen, bei denen es auch um die Mittel für die Fortführung der Projektierungsarbeiten ging. Hier gelangen den Gegnern

einzelne Erfolge: In Münsingen forderte man eine Begrenzung der Projektkosten, in Riedlingen – dem Heimatoberamt Blanks – stimmte man zwar den Kosten zu, lehnte aber die Beteiligung an der späteren Ausführung ab.<sup>34</sup> Der Tettlinger Zentrumsabgeordnete Georg Locher (1857–1951), der als Fabrikbesitzer in Tettling einer der schärfsten Gegner der OEW war, trug den Streit dann auch in den Landtag. Als er aber in der Landtagssitzung vom 31. Mai 1911 seinen Antrag, „die Königliche Staatsregierung zu ersuchen: ihre Beamten, besonders die Bezirksvorstände, anzuweisen, daß diese ihren amtlichen Einfluss nicht dazu benützen, die Gemeinden zur Gründung von Überlandzentralen und zum Beitritt zu solchen zu veranlassen, deren Wirtschaftlichkeit nicht unzweifelhaft erwiesen ist“, mit der Begründung zurücknahm, er sei von den Ausführungen des Innenministers befriedigt, ließen die OEW im Juli 1911 einen Sonderdruck des stenographischen Sitzungsberichts in einer Auflage von 1.000 Exemplaren verteilen.<sup>35</sup>

Schmerzlich für die OEW war, dass während der Vorarbeiten, vor allem aber im Jahre 1911, nicht wenige Gemeinden aus dem nördlichen Teil des Verbandsgebietes, denen die vorbereitenden Maßnahmen zu lange dauerten, mit privaten Stromversorgern, besonders den Elektrizitätswerken Munderkingen AG, Verträge abschlossen. Dem begegneten die OEW im November und Dezember 1911 durch den Abschluss von Verträgen mit 315 Gemeinden und 190 Teilgemeinden, denen für den Fall, dass bis zum 1. September 1912 die Ausführung des Unternehmens noch nicht beschlossen sein sollte, ein Rücktrittsrecht eingeräumt wurde. Doch gab es auch gute Nachrichten: Am 15. April 1912 schlossen die OEW einen Vertrag mit dem Gemeindeverband Elektrizitätsversorgung für Ulmer Albgemeinden.<sup>36</sup>

### **„Denkschrift“ und Ausführungsbeschluss**

Als am 15. Juli 1912 endlich auch der zweite Teil des Wyßling'schen Obergutachtens vorlag, musste es schnell gehen, war doch bis zum 1. September die Ausführung zu beschließen. Am 22. Juli 1912 übersandten die OEW so den Mitgliedern des Verwaltungsrats und der Verbandsversammlung, verbunden mit einer Einladung zur Sitzung am 10. bzw. 12. August, die „Denkschrift über die vom Bezirksverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) geplante Überlandzentrale“. Auf 184

Seiten im Folioformat (mit 12 Beilagen) enthielt sie neben allen Gutachten und Obergutachten eine Übersicht über den Verlauf der Vorarbeiten, die Satzung des Bezirksverbandes, das Vertragsformular für die Gemeinden und einen Tarifentwurf. Sie schloss mit den Worten: „So darf man sich wohl der berechtigten Hoffnung hingeben, daß das für württembergische Verhältnisse sehr bedeutsame, aufs genaueste berechnete, von unparteiischen Sachverständigen nach jeder Richtung geprüfte und aufs günstigste beurteilte Unternehmen, dessen energische Betreibung sich daher vollständig rechtfertigt, durch einmütiges Zusammenwirken aller Interessenten nach dem Wahlspruch: ‚Erst wäg’s, dann wag’s‘ zustande kommen und daß seine Durchführung den beteiligten, wohlhabenden Landesgegenden zum Segen gereichen und den Enkeln Zeugnis ablegen möchte von der Willenskraft, dem Gemeinsinn und der Weitsichtigkeit ihrer Vorfahren.“<sup>37</sup>

Erneut entfachten die Gegner des Unternehmens eine heftige Pressekampagne. Vom 7. August datiert die von einem „Komitee oberschwäbischer Bürger“ des Kanzacher Müllers Josef Blank herausgegebene, 18-seitige Gegenschrift „Zur Denkschrift über die vom Bezirksverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke geplante Überlandzentrale“, die noch einmal die alten Argumente wiederholte: Das Unternehmen sei zu teuer und lasse einen hohen jährlichen Verlust erwarten, es bedrohe die bestehenden Elektrizitätswerke, nehme den öffentlichen Kredit dauernd und ungesund in Anspruch, und man brauche und wünsche es auch gar nicht. Ein Angriffspunkt war zudem die kurze Frist zwischen der Vorlage der „Denkschrift“ und der Einberufung der Verbandsorgane, die ihren Grund im vertraglich zugesicherten Rücktrittsrecht der Gemeinden hatte. Bereits am 10. August beschloss so der Verwaltungsrat einstimmig die Ausführung des Unternehmens; die Verbandsversammlung stimmte mit 55 gegen 7 Stimmen zu.<sup>38</sup>

Die endgültige Entscheidung fiel in den Amtsversammlungen der einzelnen Bezirke, die den Beschlüssen noch zustimmen mussten. In mühsamer Überzeugungsarbeit gelang es der Verbandsspitze und den Sachverständigen gegen scharfe Angriffe, die Bedenken auszuräumen und die Argumente der Gegner zu entkräften. Wichtige Hilfen waren dabei die Zusage des Landes, den OEW die Stromlieferung für die geplante Landeswasserversorgung zu übertragen, und das Angebot einer Schweizer Firma, das Unternehmen gegebenenfalls zu pachten und auszubauen. Bis Ende



August stimmten alle Amtsversammlungen – außer Riedlingen, das den OEW erst 1924 wieder beitrug – den Beschlüssen der Verbandsorgane zu, Saulgau allerdings mit der Einschränkung, dass die Ausführung „in erster Linie“ durch Verpachtung erfolgen solle. Die Gemeinden des Oberamts Riedlingen, die bereits einen Vertrag mit den OEW abgeschlossen hatten, blieben aber weiter gebunden.<sup>39</sup>

Der „Kampf um die oberschwäbische Überlandzentrale“ ging aber trotzdem weiter; Ende Oktober 1912 schlossen sich so die privaten Elektrizitätswerke zu einem „Schutzverband“ zusammen.<sup>40</sup> Im Mai 1913 wurde die Diskussion noch einmal in den Landtag getragen; den Konservativen ging es dabei vor allem darum, bestehende lokale Werke gegen Großprojekte wie die OEW zu schützen, um den Not leidenden Mühlen für die Zukunft eine Aussicht zu bieten. Für den Ravensburger Abgeordneten Alfred Rembold (1844–1922) aber, einen tatkräftigen Förderer der Elektrifizierung Oberschwabens, bewährte sich die „Oberschwäbische Elektrizitätszentrale als ein auf gemeinnütziger Grundlage errichtetes öffentlich-rechtliches Unternehmen, welches keinem Aktionär, mag dieser sein wer er wolle, auch nur einen Pfennig Dividende geben will, sondern alles, was durch seine Tätigkeit erzielt wird, eben den Teilnehmern und damit der oberländischen Bevölkerung“ zugute kommen lasse.<sup>41</sup> Die heftigen Angriffe endeten erst, als sich im Sommer 1913 eine Einigung über einen späteren Erwerb der Elektrizitätswerke in Oberschwaben durch die OEW abzeichnete. Die Waldsee-Aulendorf AG konnte so am 24. November 1913 erworben werden; auf 1. Juli 1914 wurden die Werke der Bosch-Gruppe, insbesondere die Elektrizitätswerke Munderkingen AG, mit Burgrieden, Ersingen, Munderkingen, Riedlingen, Rißtissen, Schemmerberg und Stetten auf die OEW übertragen. Daneben wurden immer wieder auch kleinere Werke erworben, so 1913 das 1909 errichtete Elektrizitätswerk der Biberacher Feuerwehrrequisitenfabrik Lieb und das erst 1912 erbaute Elektrizitätswerk Schwendele in Neufra (Stadt Riedlingen).<sup>42</sup>

## **Auf dem Weg zum Ziel**

Nachdem die Ausführung des Unternehmens nun grundsätzlich beschlossen war, trieben die OEW die Arbeiten zielstrebig voran. Untersucht wurden sowohl eine Verpachtung, für die im Oktober 1912 ein weiteres Angebot eingegangen war, als auch die Gründung eines Eigenbetriebes. Da abzusehen war, dass sich der Bau des Argenwerkes wegen noch ausstehender Grunderwerbs- und Konzessionsverhandlungen verzögern würde, war die Frage der Strombeschaffung vordringlich. Hatte sich die Stadt Ulm, die mit ihren drei Wasserkraftwerken in Wiblingen, Ludwigsfeld und Illerzell wie ihrem Dampfkraftwerk mehr Strom als benötigt erzeugte, den OEW gegenüber zunächst ablehnend verhalten, so legte sie Ende 1912 ein günstiges Angebot auf Stromlieferung aus ihrem Dampfkraftwerk Ulm-West vor. Da das Alternativangebot des schweizerischen Kraftwerks Laufenburg auch weiterhin den Bau einer Dampfreserve erfordert hätte, entschieden sich die OEW für Ulm. Beiden Seiten bot so der am 20. Februar 1913 geschlossene Vertrag Vorteile: Den OEW sicherte er eine jederzeit verfügbare Maschinenleistung von 4 MW, der Stadt die Abnahme ihres Überschussstroms. Und da eine Aufstockung des Vertrags möglich war, sparte sich das Unternehmen den Bau eines eigenen Dampfkraftwerkes. Und schließlich schaffte er einen Gegensatz aus der Welt, der die Arbeit des Verbandes nicht gerade erleichtert hatte.<sup>43</sup>

Gelöst werden konnte ebenso der Konflikt mit der Landeshauptstadt Stuttgart. Den OEW wurde die für sie eminent wichtige Stromlieferung für das Pumpwerk der Landeswasserversorgung in Niederstotzingen belassen; sie musste aber versprechen, Stuttgart so viel Strom abzukaufen, wie dies dem Anteil der Stadt am Wasserbezug entsprach. Als man im März 1913 den Vertrag schloss, glaubte aber niemand, dass Stuttgart einmal eine eigene Leitung bauen würde.<sup>44</sup>

Verwaltungsrat und Verbandsversammlung fällten so am 17. und 18. März weitreichende Entscheidungen. Genehmigt wurden die Ausführung des Unternehmens als Eigenbetrieb ebenso wie der Strombezugsvertrag mit Ulm, der Stromlieferungsvertrag mit der Landeswasserversorgung und die Verträge mit den Gemeinden. Das Argenprojekt sollte weiter verfolgt, der Beschluss über die Bauausführung aber einer späteren Entscheidung vorbehalten werden; der Bau des

Dampfkraftwerks in Biberach dagegen wurde aufgegeben. Für den Bau der notwendigen elektrischen Anlagen durften Schulden bis zu einem Betrag von 9 Millionen Mark aufgenommen werden; die neu gebildeten vier Kommissionen – für Bau, Finanzen, Rechnungswesen und Verträge – konnten innerhalb bestimmter Grenzen selber Entscheidungen treffen.<sup>45</sup>

War seit 1909 für die Verwaltungsarbeiten in der Person des Verwaltungsbeamten Josef Hammer, der dann 1923 zum Bürgermeister der Oberamtsstadt Biberach gewählt wurde, in Tettngang nur ein nebenamtlicher „Hilfsarbeiter“ für den Verbandsvorsitzenden bestellt, so benötigte der Verband nun für die anstehenden Aufgaben eine eigene Verwaltung. Um den Verwaltungssitz – Sitz des Verbandes war noch bis 1932 Tettngang – bewarben sich die beiden Städte Biberach und Ravensburg. Als Ausgleich für den Verzicht auf den Bau des Dampfkraftwerkes wie als Gegenleistung für den Abschluss des Konzessionsvertrages forderte Biberach dabei den Verwaltungssitz auf Konzessionsdauer, während die OEW den Abschluss des Vertrages zur Vorbedingung für die Verlegung machten. Nach harten Verhandlungen wurde Biberach am 30. April 1913 zum Sitz der zu bildenden Verbandsverwaltung bestimmt, die am 1. Juli 1913 in einigen gemieteten Räumen des in der Nähe des Biberacher Bahnhofs gelegenen Hotels „Württembergischer Hof“ ihre Arbeit aufnahm. Direktor Jakob Dübendorfer als technischem Leiter waren ein Diplomingenieur (Otto Chelius), ein kaufmännischer Bürovorstand (Christian Oberlinger) und als Verwaltungsbeamter Josef Hammer zugeordnet, die 1917 zu Abteilungsleitern ernannt wurden. Zusammen mit weiteren Ingenieuren und Monteuren sowie dem notwendigen Hilfspersonal standen Ende 1914 41 Personen in den Diensten der OEW.<sup>46</sup>

Damit waren die Vorarbeiten abgeschlossen. Die Kosten von insgesamt rund 140.000 Mark, welche die Amtskörperschaften der OEW vorschussweise gewährt hatten, wurden ihnen später sämtlich zurückbezahlt.<sup>47</sup>

## **Ausbau trotz Weltkrieg**

Durch die Einsetzung der vier Fachkommissionen und einer voll handlungsfähigen Verwaltung waren die Voraussetzungen für eine zügige Vergabe der Bauarbeiten für die elektrischen Anlagen geschaffen. Bereits Mitte August 1913 wurde so in den Biberach benachbarten Gemeinden Mittelbiberach und Stafflangen mit dem Bau der ersten Leitungen begonnen. Geplant war, das Versorgungsgebiet in drei Abschnitten an das Netz anzuschließen: zunächst alle Ortschaften über 250 Einwohner, dann alle über 75 Bewohner und schließlich die kleinen Orte und die Einzelwohnplätze. Am 1. Juli 1914 begann mit der Inbetriebnahme der 55-kV-Leitung Ulm – Biberach die flächendeckende Versorgung des Verbandsgebietes durch die OEW; acht Orte, unter ihnen Biberach, mit zunächst 334 Anlagen erhielten den lange ersehnten Stromanschluss. Weitsichtig war die Entscheidung, von Anfang an die heute allgemein verbreitete Ortsverteilerspannung von 220/380 Volt einzuführen; dies ersparte später teure Umstellungsarbeiten.<sup>48</sup>

Einem schnellen Weiterbau schien nun nichts mehr im Wege zu stehen. Da brach am 1. August 1914 der Erste Weltkrieg aus. Trotz großer personeller Schwierigkeiten – von 100 Arbeitern einer Baufirma wurden 80 einberufen – und kriegsbedingter Geldknappheit ging der Ausbau, wenn auch verlangsamt, weiter. Dank der Fertigstellung der 55-kV-Ringleitung Ulm – Biberach – Ravensburg – Herbertingen – Trochtelfingen – Ulm konnten bis Februar 1915 mithilfe Schweizer Firmen – Direktor Dübendorfer war ja selber Schweizer – über 100 weitere Gemeinden angeschlossen werden. Im Laufe des Krieges wurde eine rasche Elektrifizierung immer dringlicher, da der spürbare Mangel an Petroleum für die bisher noch gebräuchlichen Lampen die Einführung elektrischer Beleuchtung unabdingbar und der sich verstärkende Arbeitskräfte- und Treibstoffmangel den Einsatz von Elektromotoren unentbehrlich machten.<sup>49</sup>

Mit zunehmender Dauer des Krieges wuchsen die Schwierigkeiten. Die Beschlagnahme der Kupfer- und Aluminiumvorräte zwang die OEW, auf eiserne Leitungen auszuweichen. Verzögerungen beim Bau der Umspannwerke, die eine unmittelbare Verknüpfung der Leitungen notwendig machten, führten bei jeder Störung zum Ausfall des gesamten Netzes. Auch wenn 1915 noch einmal 104

Gemeinden angeschlossen werden konnten, so kam der weitere Ausbau in den folgenden Jahren doch praktisch zum Erliegen. 1916 waren es so nur mehr 19, 1917 17 und 1918 gar nur vier Ortschaften, die einen Anschluss erhielten. Die Elektrizitätswerke der Argen AG nutzten diesen durch den Krieg erzwungenen faktischen Ausbaustopp, um auf das OEW-Gebiet auszugreifen und vertraglich an die OEW gebundene Gemeinden mit Strom zu beliefern. Bis Ende 1918 konnten die OEW insgesamt aber fast 250 Ortschaften, in denen rund die Hälfte der Einwohner des Verbandsgebietes lebte, mit Strom versorgen. Die erste Ausbaustufe war so im Wesentlichen fertiggestellt.<sup>50</sup>

Als die Landeswasserversorgung am 1. Juli 1917 in Betrieb ging, zeigte es sich bald, dass die von Ulm zur Verfügung gestellte Leistung wegen der noch fehlenden Versorgungsleitung aus Stuttgart kaum mehr ausreichte, obwohl die Stadt ihre Lieferung erhöhte. Fiel das Dampfkraftwerk aus, was recht häufig geschah, beanspruchte das Pumpwerk von den 500 kW Leistung der Ulmer Wasserkraftwerke allein 400 – mit der Folge, dass fast das gesamte Versorgungsgebiet abgeschaltet werden musste. Wenn auch die OEW im März 1918 das Dampfkraftwerk Ulm kauften und seine Erweiterung beschlossen, so konnte das zusätzliche 6,5-MW-Aggregat doch erst 1920 in Betrieb genommen werden.<sup>51</sup> Immer mehr zeigte es sich, dass die Leistung des Dampfkraftwerkes angesichts des steigenden Verbrauchs – zwischen 1916 stieg er von 5,5 auf 14,4 Millionen kW – , der Störanfälligkeit und der durch die Eingriffe der Siegermächte immer unsicherer werdenden Versorgung mit Kohle aus dem Ruhrgebiet nicht mehr ausreichte.<sup>52</sup> Die Erschließung neuer Werke wurde so immer dringlicher.

An der Spitze des Verbandes war es 1917 zu einer Veränderung gekommen: Dem bisherigen Vorsitzenden, dem Tettlinger Oberamtmann Dr. Otto Bockshammer, der zur Regierung des Neckarkreises nach Ludwigsburg versetzt wurde, folgte Franz Schenk Freiherr von Stauffenberg, wie Bockshammer ein Mann der ersten Stunde. Die vier Kommissionen ersetzte 1918 eine einzige, die Verwaltungskommission, und für die wachsende Zahl der Beschäftigten, die 1918 bereits auf 156 angestiegen war, wurde 1917 das an der Biberacher Bahnhofstraße gelegene Hotel „Goldener Löwe“ als neues Verwaltungsgebäude erworben.<sup>53</sup>

## Bau der Illerkraftwerke

Angesichts der Schwierigkeiten einer ausreichenden Stromversorgung – das Argenprojekt hatte sich schließlich als nicht realisierbar erwiesen – bot die schon von Anfang an angestrebte Nutzung der Wasserkräfte der Iller, des von der Wasserführung her wichtigsten württembergischen Flusses, einen Ausweg. Nachdem die Königlich Württembergische Eisenbahnverwaltung keine Ansprüche mehr erhob, reichten die OEW bereits am 5. September 1916 bei der Regierung in Stuttgart ein Verleihungs- und Genehmigungsgesuch für die Stufe II (Tannheim) und am 7. April 1917 für die Stufe III (Unteropfingen) ein. Der Staatsvertrag zwischen Bayern und Württemberg regelte dann am 4. Juli 1917 die Nutzung der fast 60 km langen Grenzstrecke dahingehend, dass sie von der Landesgrenze bei Ferthofen oberhalb von Aitrach (km 59,286) bis zum Rückstauende des Filzinger Wehrs (km 32,0) Württemberg, von dort bis zur Mündung der Iller in die Donau aber Bayern zustehe. Doch erst im Dezember 1918, nach dem Ende des Krieges und der Ausrufung der Republik, übertrug die Regierung den OEW endlich die Nutzung der beiden obersten Illerstufen (Aitrach und Tannheim).

Und nun ging es rasch voran. Nachdem für die Stufe II (Tannheim) am 7. April 1919 eine vorläufige Bauerlaubnis erteilt worden war, begannen ungesäumt die Vorarbeiten; im Herbst 1919 kamen die Bauarbeiten voll in Gang. Am 9. August 1920 erfolgte die vorläufige Verleihung der Stufe III (Unteropfingen) und im Januar 1921 – wenn auch unter der Voraussetzung einer Verständigung mit der Stadt Ulm – der Stufe IV (Unterdettingen). Bereits im Jahre 1923 nahmen dann die OEW das Werk II (Tannheim) in Betrieb; das Werk III (Unteropfingen) folgte im Mai 1924, das Werk IV (Unterdettingen) im November 1927. Die feierliche Einweihung aller drei Kraftwerke fand dann am 7. Juli 1928 statt.<sup>54</sup> Das Illerkraftwerk I (Aitrach) allerdings baute – wegen der Konzentration der Mittel auf die Erschließung der Vorarlberger Wasserkräfte und der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise – erst 1950 die Energie-Versorgung Schwaben (EVS).<sup>55</sup>

Die durch den 20,7 km langen Illerkanal verbundenen Stufen II, III und IV mit ihrem gemeinsamen Wehr in Mooshausen nutzen ein Rohgefälle von fast 52 m. Da dem

Werk II ein Speicherbecken und dem Werk IV ein Ausgleichsbecken vorgelagert waren, konnten die Werke II und III auch als Spitzen-Kraftwerke mit Tagesspeicherung betrieben werden. Ein solcher Schwellbetrieb wurde damals in Deutschland erstmals an der Isar und durch die OEW an der Iller durchgeführt. Die drei Illerkraftwerke, bis heute die größten Wasserkraftwerke Württembergs, bildeten nun mit einer theoretischen Jahreserzeugung von 145 Millionen kWh das Rückgrat der Stromerzeugung der OEW. Wegen der schwankenden Wasserführung der Iller – das Niedrigwasser fiel meist in die Herbst- und Wintermonate, die Zeit des größten Strombedarfs – wurde daneben auch das Dampfkraftwerk in Ulm zur Deckung des Spitzenbedarfs wie als Reserve für eine Leistung von 20.500 kW ausgebaut.<sup>56</sup>

*Mit berechtigtem Stolz konnte der Verbandsvorsitzende, Franz Schenk Freiherr von Stauffenberg, bei der Einweihung der Illerkraftwerke im Juli 1928 feststellen: „Heute besitzen wir ein nach allen Ergebnissen modernster Erfahrung ausgebautes Leitungsnetz mit Einrichtungen, die die Störungen auf ein Minimum beschränken, und eine eigene große Dampfzentrale in Ulm, die für wasserarme Zeiten und Störungsfälle die Belieferung des größten Teils des Gebietes übernehmen kann, eine Reihe von kleinen, gut ausgebauten Wasserkräften, die ununterbrochen Tag und Nacht ihren Strom in unser Netz liefern, und als wertvollste Grundlage unserer Stromversorgung die drei großen Laufwerke an der Iller, die mit einer Gesamtleistung von 40.000 PS bei weitem die größte und ergiebigste unserer württembergischen Wasserkraftwerke darstellen. Die Versorgung unseres Gebietes ist so weit vorgeschritten, daß nunmehr noch etwa 2 % der Bevölkerung auf die Wohltat des Anschlusses warten müssen. Die Bedingungen, unter denen wir die Kraft liefern, sind sowohl für Großabnehmer wie für die Landwirtschaft und die Kleinbezieher beinahe die günstigsten in ganz Deutschland. Wir kennen keine Sperrzeiten und ähnliche Beengungen der Ausnutzungsmöglichkeiten mehr und sind durch unsere eigene Anlage wie auch durch die Verbindung mit Nachbarwerken und die Beteiligung an den großen im Bau befindlichen Spitzenkraftwerken Vorarlbergs in der Lage, auch dem wachsenden Strombedarf auf lange Zeit gerecht zu werden.“<sup>67</sup>*

Die OEW waren bestrebt, durch die Übernahme privater Elektrizitätswerke die Elektrizitätsversorgung in Oberschwaben zusammenzufassen und zu vereinheitlichen. 1929 übernahm sie so das gesamte Aktienkapital der

Elektrizitätswerke der Argen AG, des letzten größeren privaten Werkes in Oberschwaben, das neben den Städten Wangen, Isny und Leutkirch auch das dazwischen liegende Gebiet mit 83 Ortschaften versorgte. Als die Argen AG am 1. Oktober 1934 vollständig in die OEW eingegliedert wurde, erhielt Wangen unter der Bezeichnung OEW Argenwerke Wangen eine eigene Geschäftsstelle.<sup>58</sup>

Parallel mit der Sicherung der Stromversorgung ging der Ausbau des Netzes. Wurden nach 1918 zunächst die Gemeinden über 150 Einwohner angeschlossen, so konnte 1924 mit der Versorgung der Gemeinden über 50 Bewohner begonnen werden; 1928 waren – wie oben dargelegt – nur mehr zwei Prozent der Bevölkerung des Verbandsgebiets ohne Strom. Der bald gewaltig anwachsende Strombedarf zwang nicht nur zum Ausbau und zur Neugestaltung der Überlandleitungen; neben Erweiterungen bestehender Umspannwerke waren auch nicht wenige Neubauten notwendig – so in Schelklingen mit der ersten größeren Freiluftanlage Württembergs.<sup>59</sup>

### **Verwaltung und Finanzen**

*Die OEW hatten das große Glück, an den Spitzen des Verbandes wie der Verwaltung die richtigen Männer zu besitzen. Der Verbandsvorsitzende Franz Schenk Freiherr von Stauffenberg, der von allem Anfang an dabei gewesen war, bestimmte während der 17 Jahre seiner Amtszeit (1917–1934) die Geschicke des Unternehmens entscheidend mit. Stellvertretender Vorsitzender war 1928 der Ravensburger Oberamtmann Hugo Stiefenhofer, der um die Gründung der OEW verdiente frühere Biberacher Oberamtmann, zweiter Stellvertreter 1924 Kommerzienrat Gustav Baur, Biberach.<sup>60</sup>*

*Auch in der Verwaltung hatten sich Änderungen ergeben. 1920 war der Friedrichshafener Stadtschultheiß Adolf Mayer († 1932) als Verwaltungsdirektor zu den OEW gewechselt; an die Stelle von Jakob Dübendorfer, der dann 1927 Geschäftsführer der Vorarlberger Illwerke AG in Bregenz wurde, trat 1924 Dipl.-Ing. Adolf Pirrung (1878–1965), der zuvor Direktor der Reisser Elektrizitäts-AG in Stuttgart gewesen war. Durch sein Eintreten für den innerdeutschen Verbund zur*



*möglichst vollen Ausnutzung der vorhandenen Kräfte und die Zusammenarbeit mit Vorarlberg, aber ebenso durch die Neugestaltung des Tarifwesens und seinen Einsatz für den Aufbau einer einheitlichen Energieversorgung in Württemberg prägte er die Entwicklung des Bezirksverbandes. Zur besseren Betreuung der Kunden – das Bestreben um Kundennähe war immer eines der besonderen Merkmale der OEW – wurden bereits Ende 1924 fünf Geschäftsstellen errichtet: in Biberach, Laichingen, Mägerkingen, Munderkingen und Ravensburg. 1928 zählte der Verband so auch bereits 696 Beschäftigte.<sup>61</sup>*

*Satzungsgemäß geschah die Finanzierung des Unternehmens durch Anleihen; für die erste Ausbaustufe wurden so 8,5 Millionen Mark langfristig aufgenommen. Eine schwere Belastung bedeutete der Bau der Illerkraftwerke. Durch den Bau der ersten beiden Kraftwerksstufen, die nach den Voranschlägen allein schon 68 Millionen Mark kosteten, stiegen die Schulden auf 128 Millionen. Die Geldbeschaffung erwies sich schon bald als die größte Schwierigkeit, zumal sie durch die galoppierende Inflation noch zusätzlich erschwert wurde. Ein Betrag von 74.000 Billionen Mark wurde so im Oktober 1923 durch die Ausgabe von Stromgutscheinen finanziert. Und nach dem Ende der Inflation musste neben der Fertigstellung der Illerwerke auch noch der OEW-Anteil an den Baumaßnahmen der Vorarlberger Illwerke gestemmt werden. Die letzte Anleihe in Höhe von 7,23 Millionen Reichsmark, die im Jahre 1930 mithilfe der Sparkassen bei den damals 17 württembergischen und hohenzollerischen Mitgliedern aufgenommen worden war, wurde 1986 schließlich mit einer Schlusszahlung von 94 800,08 DM abgelöst.<sup>62</sup>*

*Von Bedeutung für die OEW wurden geänderte gesetzliche Bestimmungen. Die Württembergische Gemeindeordnung von 1930 unterwarf den nunmehrigen Zweckverband der Aufsicht der von Dr. Michel geleiteten Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung als einer dem Innenministerium angegliederten Mittelinstanz und verstärkte so den Einfluss des Landes. Und hatte schon das Gesetz über die vorläufige Vertretung der Zweckverbände vom 22. September 1933 durch die Auflösung der bisherigen Verbandsorgane der demokratischen Verbandsverfassung ein Ende bereitet, so traf nach der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 dem Führerprinzip entsprechend nunmehr der Verbandsvorsitzende – seit 1934 der von der NS-Regierung 1933 als Ulmer*

*Landrat eingesetzte vormalige Schorndorfer Landrat Otto Barth (1881–1947) – allein die Entscheidungen; Verwaltungsrat und Verbandsversammlung wurden zu nur mehr beratenden und die Führung der Geschäfte unterstützenden Gremien degradiert. Direktor Adolf Pirrung war nach falschen Anschuldigungen trotz einer Ehrenerklärung des NS-Wirtschaftsministers schon Ende 1933 zurückgetreten.<sup>63</sup>*

### **Pionier der Verbundwirtschaft: Die Vorarlberger Illwerke**

Zur Verwertung des vor allem in den Sommermonaten aus den Illerkraftwerken anfallenden überschüssigen Stroms wie zur Sicherung der Stromversorgung im Verbandsgebiet strebten die OEW den Verbund mit anderen Versorgern an. Von 1924 an lieferte so die Württembergische Landeselektrizitäts-AG Stuttgart (WLAG) nicht nur den Überschussstrom aus der Iller an die Stadt Stuttgart und die Neckarwerke Esslingen, sondern ermöglichte auch den Bezug von Strom aus dem Walchenseekraftwerk des Bayernwerks.<sup>64</sup> Aber auch im europäischen Rahmen war der Bezirksverband einer der Pioniere der Verbundwirtschaft: Schon 1917 wurde die Verbindung mit Vorarlberg hergestellt.<sup>65</sup>

Als so das Land Vorarlberg nach dem Ersten Weltkrieg Partner suchte, die ihm gegen den späteren Bezug von Spitzenstrom beim Ausbau der Wasserkräfte behilflich sein konnten, wurden auch Württemberg und die OEW angesprochen. Verhandlungspartner waren auf württembergischer Seite der nunmehrige Ministerialrat Dr. Anton Michel, der bereits bei der Gründung der OEW eine Schlüsselrolle gespielt hatte, und Direktor Jakob Dübendorfer. „Beiden Herren, dem wortkargen Einzelgänger Dübendorfer wie dem wendigen, nie um einen Ausweg verlegenen Dr. Michel war ein großer Weitblick und eine unbeirrte Beharrlichkeit zu eigen, Eigenschaften, ohne die es nie gelungen wäre, bei der Abfassung des Landesvertrages für Württemberg eine Gleichberechtigung mit dem Schweizer Partner und später mit dem RWE zu erzielen.“ Am 22. August 1922 kam so zwischen den OEW – auch als Platzhalter des Landes – und den Bündner Kraftwerken in Chur sowie dem Land Vorarlberg der „Landesvertrag 1922“ zustande, in dem sich die drei Partner zur Gründung einer Gesellschaft mit dem Ziel der Verwertung der Wasserkräfte an der Oberen Ill und am Lünensee verpflichteten. 1923 übernahm

dann die Großkraftwerk Württemberg AG (GROWAG) als Platzhalterin für die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE), die einen Verbund ihrer Kohlenkraftwerke mit den Speicherkraftwerken in Vorarlberg wie im Schwarzwald anstrebte, die Churer Anteile.

Am 5. November 1924 wurden die Vorarlberger Illwerke (VIW) zunächst als GmbH mit einem Stammkapital von 2 Millionen sfr gegründet. Für die OEW war Direktor Pirrung Geschäftsführer, erster Stellvertreter des Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung der Verbandsvorsitzende Baron Stauffenberg. Nach dem Beginn des Baus des Vermuntwerkes wurde Anfang 1927 der frühere OEW-Direktor Jakob Dübendorfer († 1929) zum Geschäftsführer bestellt. Bei der Umwandlung der VIW in eine Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 20 Millionen öS Ende Dezember 1927 hielten die OEW-Gruppe – einschließlich der 15-Prozent-Beteiligung des Landes Württemberg und der fünf Prozent der Württembergischen Sammelschienen-AG (WÜSAG) – ebenso wie die RWE-Gruppe jeweils 47,5 Prozent; das Land Vorarlberg begnügte sich mit 5 Prozent. Das Land Württemberg erlangte so Mitspracherechte, vermied aber zugleich große finanzielle Risiken. Der 1927/28 abgeschlossene, in wichtigen Bestimmungen noch heute maßgebliche „Landesvertrag 1926“ sprach den OEW und der GROWAG auf die Dauer von 80 Jahren je ein Drittel der Stromerzeugung zu; das restliche Drittel erhielt Vorarlberg. 1928 sicherte dann ein Vertrag mit der RWE über deren 220-kV-Leitung nicht nur die Stromlieferung aus Vorarlberg, sondern ebenso die Abnahme von Überschuss- und die Lieferung notwendigen Fehlmengenstroms. Das Dampfkraftwerk Ulm konnte nun in Reserve gestellt werden.<sup>66</sup>

Da das 1930 fertiggestellte Vermuntwerk – mit einer Leistung von 80 MW damals das größte Wasserkraftwerk Österreichs – hauptsächlich im Sommer Strom lieferte, sollte anschließend sofort das Lünenseewerk gebaut werden, um auch im Winter Elektrizität beziehen zu können;<sup>67</sup> doch verhinderten die Wirtschaftskrise und die politische Lage nach 1933 einen Weiterbau.

## **Konsolidierung und weiterer Ausbau**

Standen die Jahre bis 1929 im Zeichen eines fast stürmischen Ausbaus, so folgte nun eine Zeit ruhiger Weiterentwicklung und der Planung für die Zukunft – auch wenn schon bald die heraufziehende Wirtschaftskrise ihre Schatten warf. Die zunehmende Arbeitslosigkeit führte nicht nur zu einem spürbaren Rückgang der Anschlüsse, sondern – wenn auch nur vorübergehend – zu einem geringeren Stromabsatz. Auf Grund der 4. Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. April 1931 mussten die Strompreise für Kleinabnehmer um 10 Prozent, für die übrigen um 5 Prozent gesenkt werden. Mit ihrem Fortschreiten erzwang die Wirtschaftskrise neben anderen Sparmaßnahmen auch Lohn- und Gehaltskürzungen und sogar – wenn auch glücklicherweise nicht allzu umfangreiche – Entlassungen.<sup>68</sup>

Die Bestrebungen der OEW, durch einen Zusammenschluss der Bezirks- und Gemeindeverbände eine einheitliche württembergische Landesversorgung aufzubauen, führten auf 1. Januar 1931 zur Vereinigung mit dem 1919 gegründeten Bezirksverband Heimbachkraftwerk Freudenstadt, den die vier Oberamtsbezirke Freudenstadt, Horb, Oberndorf und Sulz bildeten; die schon bisher enge Zusammenarbeit und die gleiche Rechtsform legten einen Zusammenschluss nahe. Die OEW begründeten ihr Interesse damit, „daß sie sich selbst für die in der Luft liegende Auseinandersetzung mit den großen Konzernen möglichst stark machen wolle, indem sie noch andere kommunale Werke sich angliedere und durch den Ausbau der Vorarlbergwerke auch weiteren Raum wünsche für die Verwendung dieser Strommengen“. Nach dem Zusammenschluss errichteten die OEW in Freudenstadt eine selbständige Geschäftsstelle Bezirksverband OEW-Heimbachkraftwerk.<sup>69</sup>

Zwar gelang es den OEW, 1932 das Elektrizitätswerk Oberndorf und 1933 den Betrieb des kleinen Gemeindeelektrizitätsverbandes Kocherstetten auf 25 Jahre zu pachten; den Zusammenschluss mit dem Gemeindeelektrizitätsverband Aistaig verhinderte jedoch 1937 die nationalsozialistische Regierung, der die OEW zu groß und zu mächtig zu werden drohten.<sup>70</sup>

1931 – 22 Jahre nach ihrer Gründung – gehörten den OEW so 19 württembergische Bezirke an; 1920 waren Reutlingen und Urach, 1921 Balingen und 1924 das 1912 ausgeschiedene Riedlingen beigetreten. Vertraglich angeschlossen waren die beiden 1925 gebildeten hohenzollerischen Kreise Sigmaringen und Hechingen, außerdem der Gemeindeverband Ulmer Albgemeinden mit 18 Gemeinden, je zwei Gemeinden der Oberämter Rottenburg und Kirchheim sowie eine Gemeinde des Oberamts Geislingen. Am 31. Dezember 1931 versorgten die OEW in ihrem – einschließlich der Gebiete des Heimbachkraftwerks und des Argenwerks – nun 8.374 km<sup>2</sup> umfassenden Verbandsgebiet über ein Leitungsnetz von 7.878,8 km direkt 92.654 Kleinabnehmer in 2.865 Orten und Parzellen mit 430.714 Einwohnern. Bei einem Gesamtanschlusswert von 209.930 kW und einem Stromumsatz von insgesamt 184,1 Millionen kW betragen die Stromgeldeinnahmen 10,45 Millionen Reichsmark.<sup>71</sup>

Ende 1938 schließlich, im letzten Jahr des Bestehens der OEW als eines eigenständigen Elektrizitätsunternehmens, war das Hauptziel des Verbandes, auch die vielen teilweise abgelegenen Einzelhöfe mit Strom zu versorgen, nahezu vollständig verwirklicht. In 638 Gemeinden mit insgesamt 3.661 Parzellen wurden rund 115.000 Stromabnehmer über ein Leitungsnetz von 8.900 km versorgt; der Gesamtanschlusswert betrug nun bereits 370.000 kW.<sup>72</sup>

### **Die OEW und ihre Kunden**

Als gemeinnütziges Unternehmen – nach der Satzung erstrebten die OEW ja keinen Gewinn – bemühte sich der Bezirksverband, trotz der großen zu versorgenden Fläche den Strom möglichst günstig zu liefern. Die innerhalb des Versorgungsgebietes liegenden Gemeinden konnten je nach Ausbau des Leitungsnetzes den Anschluss verlangen. Für die Versorgung ihrer Bürger hatten sie keine Leistungen zu erbringen; im Normalfall beschafften die OEW den Strom, errichteten und unterhielten die Ortsnetze, Stromverteilungsanlagen und Umspannstationen auf ihre Kosten und lieferten die Elektrizität direkt an den Abnehmer. Das alles – einschließlich der Berechnung niedriger Tarife – war nur dadurch möglich, dass die OEW nach dem damaligen Steuerrecht als kommunales

Unternehmen keine Steuern zahlen mussten. Zudem flossen bis zur Tilgung aller Schulden sämtliche Gewinne ohne jede Ausschüttung dem Unternehmen zu.<sup>73</sup>

Wie beim Verbund, so waren die OEW auch bei der Reform der Stromtarife bahnbrechend. Aufgrund umfangreicher Untersuchungen setzte der Bezirksverband unter Führung von Direktor Pirrung, der sich dieser Dinge besonders annahm, in der deutschen Elektrizitätswirtschaft erstmals einheitlich die Einführung von Grundpreistarifen anstatt reiner kWh-Tarife durch. Dieser neue Tarif, bei dem die festen Kosten durch den Grundpreis, der Verbrauch aber durch einen relativ niedrigen Arbeitspreis gedeckt wurden, verbilligte nicht nur den Strombezug; er erwies sich auch als ein probates Mittel gegen den Missbrauch von Pauschaltarifen und damit auch gegen Stromverschwendung und erlaubte auch eine gleichmäßigere und bessere Auslastung wie Nutzung der Anlagen. 1933 lag dann der durchschnittliche Strombedarf eines Gewerbebetriebs bei 933 kWh, während ein landwirtschaftlicher Betrieb im Durchschnitt rund 300 und ein nichtbäuerlicher Haushalt 117 kWh verbrauchte. Eine Kilowattstunde (kWh) kostete – einschließlich Grundpreis – damals für einen landwirtschaftlichen Betrieb bei einem Jahresverbrauch von 300 kWh durchschnittlich 24,2 Pfennig, für einen Haushalt mit Herd und Warmwasserspeicher bei einem Jahresverbrauch von 1.500 kWh 8,1 Pfennig und für einen Haushalt ohne elektrische Küche bei einem jährlichen Verbrauch von 120 kWh 25,1 Pfennig.<sup>74</sup>

Anlass zur Gründung der OEW war die Zielsetzung gewesen, „eine einheitliche, allgemeine und möglichst billige Elektrizitätsversorgung für alle beteiligten Wirtschaftskreise, vor allem auch für die an Arbeitskräftemangel leidende Landwirtschaft zu schaffen“. Und die oberschwäbischen Bauern machten von diesem Angebot regen Gebrauch: Während im Jahre 1925 erst jeder vierte Bauer in Württemberg einen Elektromotor besaß, waren es im Donaukreis, der weitgehend identisch mit dem Versorgungsgebiet der OEW war, bereits jeder Dritte (35,9 %). In Württemberg lag der Donaukreis so an der Spitze der damals vier Kreise, im gesamten Deutschen Reich aber auf einem achtbaren dritten Platz. In Württemberg nutzte im Jahre 1933 bereits jeder zweite Bauernhof (51,8 %) elektrische Kraft; im Donaukreis waren es sogar schon über 60 Prozent! 1938 gab es im OEW-Gebiet

immerhin schon 1.046 elektrische Futterdämpfer und 284 Backöfen; Melkmaschinen dagegen setzten sich wegen ihres noch hohen Preises kaum durch.<sup>75</sup>

In den Haushalten begann die Elektrifizierung mit der Einführung des elektrischen Lichtes in den besonders wichtigen Wohnräumen, das den Tageslauf immer mehr vom Tageslicht unabhängig machte. Noch 1938 lag die durchschnittliche Zahl der Brennstellen unter acht, während sie im Allgäu und am Bodensee etwa doppelt so hoch war. Doch ging man mit dem elektrischen Licht sehr sparsam um. So berichtete eine alte Bäuerin: „Ich selbst erinnere mich noch an die extreme Sparsamkeit, deren man sich bei der elektrischen Beleuchtung befleißigte. Es galt als Todsünde, das Licht vor Einbruch der völligen Dunkelheit anzuzünden.“<sup>76</sup>

Bis elektrische Haushaltsgeräte Eingang fanden, dauerte es aber noch geraume Zeit. Ihren Kunden verkauften die OEW selber elektrische Geräte. Während Geräte für die Landwirtschaft – Futterdämpfer, Heißwasserspeicher, Elektromotoren – von Anfang an zum Programm gehörten, wurden als Weihnachts-Sonderangebot im Jahre 1927 erst kleinere Geräte wie Bügeleisen, Heizkissen und Back- wie Bratröhren angeboten, 1930 aber dann schon ein Elektroherd. Die Einführung des elektrischen Kochens und der elektrischen Heißwasserbereitung förderten die OEW aber auch durch Ratenzahlungen wie die Verrechnung der Installation zu Selbstkostenpreisen. Zudem wurde im Gebäude der Biberacher Hauptverwaltung ein moderner Verkaufsraum mit Vorführräumen eingerichtet; in der Fläche wurden Vorträge und Kochvorführungen angeboten.<sup>77</sup>

*Einen Impuls für eine möglichst zuverlässige und vorteilhafte Versorgung der Bevölkerung mit elektrischen Geräten gab im Dezember 1933 die Gründung der „Elektrische OEW Oberschwaben“, die zugleich die Zusammenarbeit von OEW und Elektrohandwerk auf eine neue Grundlage stellte. Der durch den Verkauf von Elektrogeräten gestiegene Verbrauch ermöglichte bald günstigere Tarife. Der kWh-Preis für elektrische Herde wurde so gesenkt, ein spürbar verbilligter Nachtstromtarif eingeführt. Und diese günstigen Tarife zeigten Wirkung: Die Elektrifizierung machte nun auch in den Haushalten rasche Fortschritte. Die Entwicklung zwischen 1931 und 1938 belegt die folgende Tabelle<sup>78</sup>:*

<i>Jahr (Ende)</i>	<i>Herde</i>	<i>Heißwasserspeiche</i>	<i>Kühlschränke</i>
		<i>r</i>	
1931	408	422	
1932	956	519	
1933	1.355	676	
1934	5.515	936	75
1935	8.631	1.295	217
1936	9.524	1.751	311
1937	10.405	2.269	431
1938	12.262	3.319	557

Bereits 1925 erschien in einer steigenden Auflage von zunächst 60.000 Stück die „O.E.W.-Zeitung“ als „Nachrichtenblatt des Bezirksverbandes Oberschwäbische Elektrizitätswerke“, die allen Stromkunden zweimonatlich kostenlos zugestellt wurde. Zunächst zur Erläuterung der neuen Tarifstruktur und zum Abbau der Vorbehalte geschaffen, wurde sie später bewusst für die Öffentlichkeitsarbeit der OEW eingesetzt. Sie erhielt Beschreibungen der Anlagen, so der Illerwerke, Jahresberichte, Berichte über Sitzungen der Verbandsorgane und Veröffentlichungen über die Elektrizitätswirtschaft. Für elektrische Geräte wurde zunächst eher zurückhaltend geworben; doch schon 1927 wurden neue Geräte wie elektrische Waschmaschinen ausführlich vorgestellt. Die OEW machten bereits auch vom Medium des Films Gebrauch. Filme wie „Licht und Kraft“ (über die OEW-Werksanlagen), „Großkraft der Berge“ (über den Bau des Vermuntwerkes) und „Kuriert“ (über die Nutzung der Elektrizität) stellten das Unternehmen und die Anwendungsmöglichkeit elektrischer Kraft vor.<sup>79</sup>

Im Rückblick auf die nunmehr hundertjährige Geschichte des Unternehmens kann man mit großer Überzeugung sagen: Der Wunsch der Gründerväter der OEW, dass die Durchführung des Projekts „den beteiligten, wohlhabenden Landesgegenden zum Segen gereichen und den Enkeln Zeugnis ablegen möchte von der Willenskraft, dem Gemeinsinn und der Weitsichtigkeit ihrer Vorfahren,“ ist in Erfüllung gegangen. Die lange und erfolgreiche Geschichte ist den OEW Verpflichtung, das überkommene Erbe nicht nur zu erhalten, sondern unter den Bedingungen der Gegenwart stets weiterzuentwickeln – zum Wohle und im Dienst der Menschen Oberschwabens und unseres Landes.





# 1 Anmerkungen

<sup>%</sup> Abbildung des Wasserfalles: Leiner 1982–1985, Bd. 1, S. 146.

<sup>2</sup>Zur Frankfurter Ausstellung wertend Leiner 1982–1985, Bd. 1, S. 176.

<sup>3</sup>Dazu Leiner 1982–1985, Bd. 1, S. 200f. – Die Stuttgarter Elektrotechnische Ausstellung des Jahres 1896 zählte in nur vier Monaten bereits über eine Million Besucher. Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 26ff.

<sup>4</sup>Gysin 1991, S. 13. Aufstellung der im Donaukreis 1913 bestehenden Elektrizitätswerke: ebd., S. 25ff.

<sup>5</sup>Kurzer Abriss bei Leiner 1982–1985, Bd. 1, S. 219ff. Kommunale Elektrizitätswerke gab es später dann auch in Weingarten (1900), Friedrichshafen (1906) und Schelklingen (1912).

<sup>6</sup>Zur Geschichte der Argen AG ausführlich Leiner 1982–1985, Bd. 1, S. 233ff. Ein Überlandwerk wurde sie erst um 1910 in Konkurrenz zu den OEW.

<sup>7</sup> Gysin 1991, S. 13ff., mit Plan des Leitungsnetzes von Aulendorf (1901).

<sup>8</sup>Die von den OEW dann 1914 erworbenen Elektrizitätswerke Munderkingen AG waren in der Planungsphase ihr schärfster Mitbewerber. Zitat: Martin 1999a.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Ausführungen bei Gysin 1991, S. 22.

<sup>10</sup>Zu den Unterschieden zwischen dem Vorgehen in Baden und Württemberg Stier 1999, S. 73ff. bzw. 153ff. Überblick über die Entwicklung in Württemberg: Stier 1999, S. 155ff.; Zitat: ebd., S. 161. – Zu Michel vgl. Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 87ff., und Stier 1999, S. 163.

<sup>11</sup>Ausführlich Zeittafel der Denkschrift 1912, S. 5ff., Denkschrift 1925, S. 6ff., und Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 170ff. Karte des Argenprojekts und des OEW-Gebiets mit Einzeichnung der Entfernung vom projektierten Argenkraftwerk Steinenbach: Diemer 2001, S. 19f.

<sup>12</sup>Gysin 1991, S. 17f. (Zitat: ebd., S. 18), und Diemer 2001, S. 14.

<sup>13</sup>Ausführlich Zeittafel der Denkschrift 1912, S. 5ff., Denkschrift 1925, S. 5f., Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 174ff., und Diemer 2001, S. 14f. Zitate: Denkschrift 1912, S. 5, und Diemer 2001, S. 15.

<sup>14</sup>Denkschrift 1912, S. 5f., Denkschrift 1925, S. 5f. Zitate: Denkschrift 1925, S. 5f., und Denkschrift 1912, S. 5.

<sup>15</sup>Vgl. Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 178, und Diemer 2001, S. 15f. Abbildung der Titelseite der Druckschrift: Gysin 1991, S. 28.

- <sup>16</sup>Denkschrift 1912, S. 6, Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 179.
- <sup>17</sup>Zur Frage der Rentabilität und Wirtschaftlichkeit der Elektrizität in der Landwirtschaft ausführlich Gysin 1991, S. 18ff.; Zitat: ebd., S. 20.
- <sup>18</sup>Diemer 2001, S. 17.
- <sup>19</sup>Denkschrift 1912, S. 6f., Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 179f.
- <sup>20</sup>Denkschrift 1912, S. 7ff., Denkschrift 1925, S. 6. Zitat: Denkschrift, S. 9.
- <sup>21</sup>Denkschrift 1912, S. 7ff., Diemer 2001, S. 17f.
- <sup>22</sup>Denkschrift 1912, S. 10, Denkschrift 1925, S. 7.
- <sup>23</sup>Denkschrift 1912, S. 10, Denkschrift 1925, S. 8f., Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 181ff., Stier 1999, S. 163, Diemer 2001, S. 21ff. Zitat: Diemer 2001, S. 22. Abbildungen der Bekanntmachung über die Einberufung der Amtsversammlung Wangen und der ersten Seite der OEW-Satzung: Diemer 2001, S. 21f.
- <sup>24</sup>Denkschrift 1912, S.10, Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 182; Zitat: Festschrift 1928, S. 13.
- <sup>25</sup>Vgl. Stier 1999, S. 163.
- <sup>26</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 185.
- <sup>27</sup>So Denkschrift 1925, S. 5. Zur „Leutenot“ Gysin 1991, S. 9f.
- <sup>28</sup>So Festschrift 1928, S. 14. Denkschrift 1912: OEW-Satzung, §§ 12–14, 17, 20–22.
- <sup>29</sup>Denkschrift 1912, S.10f., Denkschrift 1925 S. 9f., Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 183ff., Gysin 1991, S. 30ff.
- <sup>30</sup>Zu Wiedemann Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 185f. Zitat: Gysin 1991, S. 31.
- <sup>31</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 192ff.
- <sup>32</sup>Denkschrift 1912, S. 11 (Zitat Druckschrift: ebd., S. 3), Denkschrift 1925, S. 10, Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 197 (Zitat Michel: ebd.).
- <sup>33</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 195.
- <sup>34</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 198.
- <sup>35</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 198f., Denkschrift 1912, S. 11.
- <sup>36</sup>Denkschrift 1912, S. 12, Denkschrift 1925, S. 10.
- <sup>37</sup>Denkschrift 1912, S. 12, Denkschrift 1925, S. 10, Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 202ff. Zitat: Denkschrift 1912, Schlusswort, S. 3.
- <sup>38</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 202ff.
- <sup>39</sup>Denkschrift 1925, S. 10, Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 206f.
- <sup>40</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 208.
- <sup>41</sup>Stier 1999, S. 164f. Zitat: ebd., S. 165.
- <sup>42</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 214ff., 218, Bd. 2,2, S.332.
- <sup>43</sup>Denkschrift 1925, S. 14, Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 209f., Diemer 2001, S. 29f.

- <sup>44</sup>Denkschrift 1925, S. 10, Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 221.
- <sup>45</sup>Denkschrift 1925, S. 10, Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 212.
- <sup>46</sup>Denkschrift 1925, S. 30, 38, Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 212ff. Nach der Festschrift 1928 (S. 12) war Kommerzienrat Gustav Baur die treibende Kraft für die Verlegung des Verwaltungssitzes nach Biberach.
- <sup>47</sup>Denkschrift 1925, S. 14.
- <sup>48</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 216f.
- <sup>49</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 218ff.
- <sup>50</sup>Denkschrift 1925, S. 31f., Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 220ff.
- <sup>51</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 222ff. Ausführliche Beschreibung des Dampfkraftwerks Ulm: Denkschrift 1925, S. 24ff.
- <sup>52</sup>Zur Energiekrise nach 1918 Leiner 1982–1985, Bd. 2,2, S. 291ff.
- <sup>53</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,1, S. 226.
- <sup>54</sup>Ausführliche Schilderung des Ausbaus: Denkschrift 1925, S. 16; Beschreibung der Werke: Denkschrift 1925, S. 166ff., Festschrift 1928, S. 18ff., und O.E.W.-Zeitung 1928, S. 3ff.
- <sup>55</sup>Diemer 2001, S. 42f.
- <sup>56</sup>Technische Daten: Festschrift 1928, S. 18, 20.
- <sup>57</sup>Zitat: Festschrift 1928, S. 11.
- <sup>58</sup>Diemer 2001, S. 43f. Beschreibungen der kleineren Kraftanlagen der OEW: Denkschrift 1925, S. 27ff., 39, und Festschrift 1928, S. 21.
- <sup>59</sup>Vgl. Denkschrift 1925, S. 29, 31ff. Zu den 1927/28 neu- bzw. umgebauten Umspannwerken vgl. Festschrift 1928, S. 21f., und O.E.W.-Zeitung 1928, S. 5ff.
- <sup>60</sup>Überblick über Organisation und Aufbau des Bezirksverbandes: Denkschrift 1925, S. 15f., und Festschrift 1928, S. 13ff.
- <sup>61</sup>Aufstellung: Festschrift 1928, S. 16f. Zu Pirrung Leiner 1982–1985, Bd. 2,2, S. 350ff., und Stier 1999, S. 194ff.
- <sup>62</sup>Ausführlich Diemer 2001, S. 50ff.
- <sup>63</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,2, S. 390ff. Zum Rücktritt Pirrungs Leiner 1982–1985, Bd. 2,2, S. 393, und Stier 1999, S. 196.
- <sup>64</sup>Überblick über den Verbund mit anderen Werken: Festschrift 1928, S. 22f. – Zur WLAG, an der die OEW seit 1926 beteiligt waren, Leiner 1982–1985, Bd. 2,2, S. 366ff., und Stier 1999, S. 178f.
- <sup>65</sup>Diemer 2001, S. 44.

<sup>66</sup>Denkschrift 1925, S. 37f., Leiner 1982–1985, Bd. 2,2, S. 326ff., Stier 1999, S. 179ff., Diemer 2001, S.44ff. Zitat: Christaller 1972.

<sup>67</sup>In der Übersicht über die Beteiligung der OEW an den Vorarlberger Illwerken AG in der Festschrift 1928 (S. 23) ist das Lünenseewerk bereits als „in Vorbereitung“ aufgeführt.

<sup>68</sup>Diemer 2001, S. 52.

<sup>69</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,2, S. 339ff., 388, Stier 1999, S. 190ff., Diemer 2001, S. 54ff. – Michel war gegen die Übernahme, da sie in seinen Augen das Konzept der gemeinnützigen Stromversorgung aushebelte. Stier 1999, S. 190.

<sup>70</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,2, S. 388f., Stier 1999, S. 194f.

<sup>71</sup>Diemer 2001, S. 60.

<sup>72</sup>Diemer 2001, S. 66.

<sup>73</sup>So Denkschrift 1925, S. 15. Vgl. Stier 1999, S. 192f.

<sup>74</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,2, S. 351ff., Gysin 1991, S. 63f.

<sup>75</sup>Gysin 1991, S. 41ff., Diemer 2001, S. 64.

<sup>76</sup>Gysin 1991, S. 48ff., Zitat: ebd., S. 50.

<sup>77</sup>Leiner 1982–1985, Bd. 2,2, S. 355, Gysin 1991, S. 52ff.

<sup>78</sup>Gysin 1991, S. 56, Diemer 2001, S. 64.

<sup>79</sup>Leiner 1982-1985, Bd. 2,2 S. 354f, Diemer 2001 S. 64.